

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

9. Sitzung
2. Juni 2022

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 17.36 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Katharina Günther-Wünsch (CDU) beantragt, dass die Tagesordnung um folgenden Punkt – in diesem Fall ohne Anhörung – ergänzt werde:

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0075](#)
Bis zu 1.000 Lehrer fehlen, Frau Senatorin Busse ist auch daran gescheitert. Wie geht es weiter? BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Franziska Brychey (LINKE) erklärt, die Koalitionsfraktionen planten, in der nächsten Sitzung einen Schwerpunkt auf die Lehrkräftebildung zu setzen und die Anhörung zur Lehrkräftebedarfsplanung auszuwerten. Dort ließe sich der von der CDU-Fraktion beantragte Besprechungspunkt gut einfügen. Die heutige Sitzung sei dem Bereich Jugend und Familie gewidmet.

Paul Fredsdorf (FDP) spricht sich dafür aus, dass der von der CDU-Fraktion angemeldete Besprechungspunkt in der laufenden Sitzung behandelt werde, da das Anliegen dringend sei.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU auf Ergänzung der Tagesordnung ab.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

1. „Welche Maßnahmen plant der Senat, dass Kinder und Jugendliche in den Willkommensklassen auch in den Schulferien (u. a. durch ehrenamtliche Lehrkräfte) unterrichtet werden und die deutsche Sprache erlernen können?“
(Fraktion der FDP)

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) stellt eingangs klar, dass die Schülerinnen und Schüler aus den Willkommensklassen gleichberechtigt am Schulleben teilnahmen. Neben den üblichen Angeboten beziehe sich das auch auf die Ferienangebote wie etwa das Programm „Fit für die Schule PLUS Ferienschule“, mit dem Träger der freien Jugendhilfe Kindern und Jugendlichen ein Bildungs- und Betreuungsangebot von bis zu sechs Wochen machten, oder die wieder stattfindende Ferienschule, auch diejenige der beruflichen Bildung, die neben dem Unterricht in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch auch Bewegungsplanung umfasse. Die in allen Bezirken mögliche Teilnahme an der Ferienschule sei freiwillig und kostenfrei, während das Angebot je nach Anbieter der Lerngruppe variere. Nicht zuletzt in Hinblick auf die Kinder aus der Ukraine sei es wichtig, ein Feriengefühl zu vermitteln, um einen Ausgleich für das Lernen zu schaffen. Die Ferienangebote der Ganztagschulen beinhalteten auch Unternehmungen und Ausflüge.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) stimmt ihrer Vorrednerin zu, dass Kinder auch Ferien und Erholung haben sollten. Gleichwohl frage sie, wie viele Plätze für das von der Senatorin beschriebene Angebot zur Verfügung stünden, gerade vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs durch die neuen Willkommensklassen. Es müsse zudem davon ausgegangen werden, dass neu ankommende Kinder erst nach und nach in die Willkommensklassen integriert würden und so der Bedarf einer gewissen Struktur und des Erlernens der deutschen Sprache auch in den Ferien bestehe.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) bekundet, dass bislang alle Wünsche erfüllt werden könnten. Was die nächsten Wochen angehe, stehe ihr Haus im Benehmen mit den Bezirken und den Schulaufsichten. Überdies seien die Träger häufig flexibel und in der Lage, Personal, etwa Studentinnen und Studenten, zu gewinnen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer fragt, ob spontane mündliche Fragen vorlägen.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) erkundigt sich, was der Senat unternehme, um die mehr als 200 Schülerinnen und Schüler, die bisher keine Zusage für eine weiterführende Schule erhalten hätten, unterzubringen. Am vorigen Abend sei zu vernehmen gewesen, dass die Senatorin jene Aufgabe bei den Bezirksstadträten sehe. Diese hätten aber ihrerseits einen Hilferuf an die Senatorin gesendet, da die Kapazitäten mehr als erschöpft seien. Die Bescheide müssten eigentlich am Folgetag versandt werden.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) bestätigt, dass zu Beginn der Woche 205 Schülern noch kein Platz an einer weiterführenden Schule habe zugewiesen werden können. Grundsätzlich falle die Schulplatzversorgung in die Zuständigkeit der Bezirke. Daran, dass dies funktioniere, habe SenBJF selbst großes Interesse und unterstütze die Bemühungen um

eine Lösung. Die sogenannte Ausgleichskonferenz der Bezirke sei ebenso erfolglos geblieben wie die infolgedessen von ihm – Redner – für Anfang der laufenden Woche einberufene Zusammenkunft mit den für Schule zuständigen Bezirksstadträtinnen und -räten. Inzwischen hätten die Bezirke in bilateralen Gesprächen einige neue Plätze aufgetan. So hätten sich in den zurückliegenden Tagen in Pankow 20 weitere Schulplätze gefunden. Außerdem prüften die in die Zuständigkeit von SenBJF fallenden zentral verwalteten Schulen derzeit weitere Schulplatzkapazitäten. Er gehe davon aus, dass bis zum 22. Juni alle Kinder mit einem Schulplatz versorgt seien; dieser Termin sei den betroffenen Familien genannt worden. Von insgesamt circa 28 000 Schülerinnen und Schülern, die in die 7. Klasse übergangen, seien noch rund 170 Kinder ohne Schulplatz.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) bemerkt, aus dem Verweis auf die Bezirke spreche ein gewisser Hohn, zumal diese aus eigener Initiative und ohne Anweisungen knapp 4 000 Kinder aus der Ukraine untergebracht hätten. – Könne angesichts der erfolgreichen bilateralen Gespräche davon ausgegangen werden, dass eine weitere Überbelegung der Klassen stattfindet? Seien mit den zentral verwalteten Schulen explizit die Oberstufenzentren gemeint? Welche Rolle spielten potenzielle Fahrtwege für die Kinder, die in die 7. Klasse übergangen, bei der Schulplatzzuweisung?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) betont, er erwähne die Bezirke nicht deshalb, weil er ihnen die Schuld zuweisen wolle, sondern weil das Thema in deren Zuständigkeit falle. Er verweise darauf, dass die Bezirke um die Unterstützung von SenBJF gebeten hätten; diese Unterstützung werde, wie erwähnt, geleistet. – Mit den zentral verwalteten Schulen seien sämtliche Schulen in dem Bereich gemeint, einschließlich der Eliteschulen.

Thorsten Weiß (AfD) bringt vor, dass von den fehlenden Schulplätzen an Gymnasien vor allem die Bezirke Pankow und Mitte betroffen seien. In Pankow fehlten nach Angaben des Bezirks zum Schuljahr 2028/2029 fast 3 000 derartige Schulplätze. Die Planungen sähen allerdings vor, dass die Schaffung neuer Schulplätze an Gymnasien erst nach 2028 erfolgen solle. Welche Maßnahmen habe der Senat mit der Schulstadträtin Krössin beschlossen, um dem Mangel zu begegnen?

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) macht geltend, dass diese Frage eigentlich vom Bezirk als Schulträger beantwortet werden müsste. Er könne lediglich von einem kurzen Gespräch vom Morgen berichten, wonach eine Gemeinschaftsschule in ein Gymnasium umgewandelt werde, um neue Gymnasialplätze zu schaffen. Der Abgeordnete möge sich an das Bezirksamt Pankow wenden.

Thorsten Weiß (AfD) erklärt, dass der Verweis auf den Bezirk etwas zu kurz gegriffen sei. Er gehe davon aus, dass der Schulentwicklungsplan gemeinsam von Senat und Bezirk erarbeitet werde. Insofern bitte er um eine konkretere Stellungnahme des Staatssekretärs.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) entgegnet, dass die Schulentwicklungsplanung in der Zuständigkeit der Bezirke liege. Möglicherweise stelle sein Vorredner auf den Monitoringbericht ab, den SenBJF im Kontext der Schulbauoffensive verfasse. Der Bericht, in dem Zahlen verarbeitet würden, die der Schulplatzprognose der Bezirke entstammten, werde am 31. August erscheinen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer erklärt die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) berichtet, dass zwei Wochen zuvor die Jugend- und Familienministerkonferenz – JFMK – erstmals wieder in Präsenz stattgefunden habe, und zwar in Berlin. In diesem Rahmen sei ein Austausch mit der neuen Bundesfamilienministerin Lisa Paus über die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Krisenzeiten zustande gekommen. Die Tagesordnung habe gemeinsame Programme und Maßnahmen wie „Aufholen nach Corona“, den Ausbau Früher Hilfen, das Gute-KiTa-Gesetz und „Sprach-Kitas“ umfasst. Das Motto der Tagung – „Stark durch Vielfalt“ – beziehe sich auf die Vielfalt der jungen Menschen und Familien in Deutschland, auf die Herkunft und die kulturellen Hintergründe, aber auch auf die föderale Vielfalt. Diese schlage sich in den unterschiedlichen Ausgangslagen, Rahmenbedingungen und regional teils sehr spezifischen Zielen, Bedarfen und Erfahrungen nieder. Den Austausch habe sie als angenehm und konstruktiv empfunden. Die bestehende Vielfalt der Angebote für die jungen Menschen und Familien sei nicht zuletzt der heterogenen und engagierten Trägerlandschaft zu verdanken.

Die JFMK habe in der einstimmig verabschiedeten „Berliner Erklärung“ besonderen Wert auf die Situation von Kindern und Jugendlichen in Krisenzeiten – Klimakrise, Pandemie, Krieg in der Ukraine – gelegt. Das zum Jahresende auslaufende Programm „Aufholen nach Corona“ werde durch ein neues Bundesprogramm namens „Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ ersetzt; die Mittel seien übertragbar. Das unterstreiche, dass das Lernen besonders gut funktioniere, wenn es um sportliche und musische Komponenten ergänzt werde. Sie freue sich darüber, dass sowohl das Gute-KiTa-Gesetz mit einer Verstärkung seiner Mittel als auch das Programm „Sprach-Kitas“ fortgesetzt würden. – Im Zuge des abendlichen Programms der Konferenz habe man gemeinsam den Zirkus Cabuwazi auf dem Tempelhofer Feld besucht und sich der gelungenen Darbietungen der Jugendlichen erfreut. Insgesamt habe Berlin einen positiven Eindruck bei den Gästen hinterlassen. Dazu hätten vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von SenBJF beigetragen, namentlich die Abteilungsleiter Frau Stappenbeck und Herr Schulze als Hauptorganisatoren, denen sie herzlich danke. Insofern sei man gut gerüstet, wenn Berlin im kommenden Jahr den Vorsitz der Kultusministerkonferenz – KMK – übernehme.

Roman Simon (CDU) bemerkt, dass es nicht schwer sei, eine Einigkeit unter den Ländern herzustellen, dass der Bund mehr bzw. weiterhin Geld ausgeben solle. Vor dem Hintergrund wolle er wissen, ob die Fraktionen der die Bundesregierung tragenden Parteien sich positiv zu den Beschlüssen der JFMK geäußert hätten.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) bekundet, sie gehe davon aus, dass das Ganze nicht im Sande verlaufe. Allerdings fänden derzeit noch Haushaltsberatungen statt.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) ergänzt, dass die Länder mit dem Bund gemeinsam um Lösungen, etwa bei den Sprach-Kitas, gerungen und diese auch gefunden hätten. Größerer Diskussionsbedarf bestehe bezüglich des Gute-KiTa-Gesetzes, insbesondere zur Frage, wel-

che Maßnahmenkategorien weiter zu fördern seien. Die Voraussetzungen in den Ländern unterschieden sich zum Teil. Wenngleich bei diesem Thema die Front zwischen den Ländern auf der einen und dem Bund auf der anderen Seite verlaufen sei, so sei man sich in der Absicht einig gewesen, das mit dem Gesetz verbundene Programm nahtlos fortzuführen. Die genauere Ausgestaltung bedürfe noch der Klärung.

Paul Fresdorf (FDP) interessiert, ob es ein Beschlusspapier der JFMK gebe, das dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden könnte.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) sagt zu, dass das Papier zur Verfügung gestellt werde.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer erklärt, das Beschlusspapier werde über das Ausschussbüro allen zur Verfügung gestellt. Allerdings sei es auch auf der Webseite von SenBJF abrufbar.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) gibt bekannt, dass das Präsidium der KMK sich am 10. Juni mit der Lehrkräfteausbildung und einem Themenkatalog zur Lehrkräftebildung und -gewinnung an die wissenschaftliche Kommission befassen werde. Dies verdeutliche, dass es nicht ausschließlich ein auf Berlin beschränktes Thema darstelle. Nicht zuletzt, wenn Berlin im Jahr 2023 den Vorsitz der KMK innehabe, werde sie sich nachdrücklich dafür einsetzen, bundesweit an einem Strang zu ziehen.

Der **Ausschuss** schließt die Behandlung des Tagesordnungspunkts ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0014](#)
Voraussetzungen für die Umsetzung der
Kitaentwicklungsplanung 2022/23:
Was wird benötigt?
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0021](#)
Fehlende Kindergartenplätze in Berlin – wieso
verschleppt Rot-Grün-Rot die Schaffung neuer
Kindergartenplätze?
(auf Antrag der Fraktion der CDU) BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

[Lüftungspause von 16.18 Uhr bis 16.35 Uhr]

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0309
**Gesetz zur Änderung des
Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetzes**

[0068](#)
BildJugFam
Haupt

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) erinnert eingangs daran, dass das Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz – TKBG – die Kostenbeteiligung der Eltern an der ergänzenden Förderung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern regelt. Der vorliegende Gesetzentwurf beinhaltet die notwendigen Folgeanpassungen, die sich aus der Änderung des § 19 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Berlin – Schulgesetz – im Rahmen des Vierten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes vom 27. September 2021 ergeben hätten. Die Betreuungsmodulare für die Jahrgangsstufen 5 und 6 der Primarstufe und für die Mittelstufe an Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ würden an die Betreuungsmodulare für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 angepasst. Das bedeute, dass die Ferienbetreuung und die Betreuung während der Schulzeit in einem Modul zusammengefasst würden. Ein besonderer Betreuungsbedarf müsse nicht mehr nachgewiesen werden. Damit würden die Regelungen zur Kostenbeteiligung für die Jahrgangsstufen 5 und 6 sowie für die Mittelstufe an die bestehenden Regelungen für die Jahrgangsstufen 3 und 4 sowie für die Unterstufe angepasst. Für die Erziehungsberechtigten, die das Betreuungsmodulare während der Schulzeit und der Ferienzeit in Anspruch nähmen, werde das Betreuungsangebot durch das inkludierte Schul- und Ferienzeitmodell günstiger. Die Verbände und Interessenvertretungen hätten die vorgesehene Änderung des TKBG begrüßt. Sie selbst habe sich eine solche Regelung schon lange gewünscht, zumal diese sie für eine Erleichterung der Familien und der Einrichtungen Sorge.

Franziska Brychey (LINKE) erklärt für die Koalitionsfraktionen, dass diese die Änderung ebenfalls begrüßten. Ihnen liege der Ganztags am Herzen. Aus der verlässlichen Halbtagsgrundschule werde mithilfe der Gesetzesänderung eine echte Ganztagschule von Klasse 1 bis Klasse 6. Ein großer Gewinn sei, dass die Bedarfsprüfung und der damit verbundene Aufwand vollständig entfielen. Zudem mache sich die Koalition in den Haushaltsberatungen auf den Weg, die entsprechenden Angebote in Klasse 3 kostenfrei zu machen, sodass ab dem Schuljahr 2023/2024 keine Beteiligung mehr anfalle. Nach und nach solle das ausgeweitet werden, um Hürden abzubauen. Schule sei mehr als Unterricht; sie umfasse auch sportliche und musische Angebote am selben Ort.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) mahnt, dass bei aller Freude über den Ganztags nicht vergessen werden dürfe, dass Praktikern zufolge Tausende Erzieherinnen und Erzieher fehlten. Besser wäre es, zunächst genügend Personal zu haben, bevor ohne Bedarfsprüfung alle Schulen in Ganztagschulen umgewandelt würden. In den letzten zwei Jahren sei zu beobachten gewesen, dass die Kinder der Klassen 5 und 6 ab 13 Uhr oder 14 Uhr nach Hause geschickt würden, da die entsprechenden Erzieherinnen und Erzieher fehlten. Wenn es eine Betreuung in den Klassen 5 und 6 gebe, dann als Sammelbetreuung von drei Klassen, die von zwei Erziehern auf dem Hof beaufsichtigt würden. – Die CDU-Fraktion werde sich enthalten.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) stellt heraus, dass die entsprechende Änderung des Schulgesetzes längst in Kraft sei. Die vorliegende Änderung des TKBG sei lediglich eine Folge davon. Die damit verbundene Entbürokratisierung entlaste die Eltern; auch die Schulen

und Jugendämter hätten eine solche Lösung befürwortet. Im Übrigen sei das Verhalten der Fünft- und Sechstklässlerinnen und -klässler individuell zu betrachten. Manche hätten „keinen Bock mehr auf Hort“ und gingen deshalb nach Hause.

Paul Fresdorf (FDP) äußert, dass seine Fraktion der vorliegenden Änderung des TKBG zustimmen werde. Gleichzeitig habe die Kollegin Günther-Wünsch recht, wenn sie auf die kritische Personalsituation in der ergänzenden Förderung und Betreuung verweise.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0309 und beschließt die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswirkungen des Krieges in Europa für die
Bereiche Bildung, Jugend und Familie**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0048](#)
BildJugFam

Der **Ausschuss** kommt auf Vorschlag der Vorsitzenden überein, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die
Bereiche Bildung, Jugend und Familie**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0013](#)
BildJugFam

Der **Ausschuss** kommt auf Vorschlag der Vorsitzenden überein, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.